

Wunder, Dieter

## Schulstruktur. Ein schulpolitischer Kommentar zur aktuellen Debatte

*Die Deutsche Schule 99 (2007) 1, S. 24-30*



Quellenangabe/ Reference:

Wunder, Dieter: Schulstruktur. Ein schulpolitischer Kommentar zur aktuellen Debatte - In: Die Deutsche Schule 99 (2007) 1, S. 24-30 - URN: urn:nbn:de:0111-pedocs-272838 - DOI: 10.25656/01:27283

<https://nbn-resolving.org/urn:nbn:de:0111-pedocs-272838>

<https://doi.org/10.25656/01:27283>

### Nutzungsbedingungen

Gewährt wird ein nicht exklusives, nicht übertragbares, persönliches und beschränktes Recht auf Nutzung dieses Dokuments. Dieses Dokument ist ausschließlich für den persönlichen, nicht-kommerziellen Gebrauch bestimmt. Die Nutzung stellt keine Übertragung des Eigentumsrechts an diesem Dokument dar und gilt vorbehaltlich der folgenden Einschränkungen: Auf sämtlichen Kopien dieses Dokuments müssen alle Urheberrechtshinweise und sonstigen Hinweise auf gesetzlichen Schutz beibehalten werden. Sie dürfen dieses Dokument nicht in irgendeiner Weise abändern, noch dürfen Sie dieses Dokument für öffentliche oder kommerzielle Zwecke vervielfältigen, öffentlich ausstellen, aufführen, vertreiben oder anderweitig nutzen.

Mit der Verwendung dieses Dokuments erkennen Sie die Nutzungsbedingungen an.

### Terms of use

We grant a non-exclusive, non-transferable, individual and limited right to using this document.

This document is solely intended for your personal, non-commercial use. Use of this document does not include any transfer of property rights and it is conditional to the following limitations: All of the copies of this documents must retain all copyright information and other information regarding legal protection. You are not allowed to alter this document in any way, to copy it for public or commercial purposes, to exhibit the document in public, to perform, distribute or otherwise use the document in public.

By using this particular document, you accept the above-stated conditions of use.

### Kontakt / Contact:

**peDOCS**  
DIPF | Leibniz-Institut für Bildungsforschung und Bildungsinformation  
Informationszentrum (IZ) Bildung  
E-Mail: [pedocs@dipf.de](mailto:pedocs@dipf.de)  
Internet: [www.pedocs.de](http://www.pedocs.de)

Digitalisiert

Mitglied der

  
Leibniz  
Leibniz-Gemeinschaft

---

Dieter Wunder

## Schulstruktur

Ein schulpolitischer Kommentar zur aktuellen Debatte<sup>1</sup>

---

Über Schulstrukturen wird zurzeit häufiger und politisch wirksamer diskutiert als in den 80er und 90er Jahren des 20. Jahrhunderts. PISA ist dafür Auslöser gewesen. Insbesondere Gesamtschulanhänger, aber auch andere schulpolitisch Engagierte deuteten PISA als Unterstützung der Gesamtschulkonzeption. Die erfolgreichen PISA-Länder haben ein Gesamtschulsystem. So kamen *Hoffnungen* auf, die Gesamtschule auch in Deutschland stufenweise zur ersetzenden Schulform machen zu können. Die heftige Abwehr von Strukturdiskussionen seitens der KMK wie auch der leitenden PISA-Forscher wie Baumert oder Prenzel – vermutlich aus politischer Klugheit geboren – haben sicherlich dazu beigetragen, die Strukturdiskussion wider Willen zu fördern.

PISA hat aber auch dadurch strukturdiskussionsfördernd gewirkt, dass es die *katastrophale* Situation der sog. *Risikoschüler/-schülerinnen* einer breiteren Öffentlichkeit bewusst gemacht hat. Untersuchungen (Schümer 2005) belegen inzwischen, dass zumindest Hauptschulen, in denen Benachteiligte unter sich sind, Schülerinnen und Schüler nicht mehr hinreichend fördern können. Die Existenz von Hauptschulen, die – wie in vielen Großstädten – nur noch 10% des Jahrgangs beschulen, ist daher nicht mehr gerechtfertigt. Die Hauptschule ist in eine Krise geraten, aus der sie in eigener Kraft selbst mit starker politischer Unterstützung jedenfalls in Großstädten und manchen Regionen nicht mehr herauskommen wird. Ihr Ende in diesen Orten ist besiegelt. Insofern ist es kein Zufall, dass sich derzeit in Hamburg die Strukturdiskussion zuspitzt.

Was *Hamburg* machen wird, hat Wirkungen weit darüber hinaus, insbesondere auch deswegen, weil die CDU dort von der Lage der Hauptschule ausgehend die Strukturfrage aufgeworfen hat. Ihre Antwort lautet: *Zusammenfassung von Haupt-, Real- und Gesamtschule* zu einer neuen Schulform mit einem eigenständigen Weg zum Abitur; Erschwerung der Abschlussschulung vom Gymnasium, zumindest ab Stufe 7; Einzelheiten sind offen.

Die Gesamtschulbefürworter in Hamburg möchten bei dieser Gelegenheit die *Expansion der Gesamtschule* vorantreiben, haben allerdings Bedenken, wenn allein die heutigen Haupt- und Realschüler zusätzlich in die Gesamtschule kommen, denn dies würde die Zahl der Risikoschüler unter den Gesamtschülern erhöhen, ohne dass es einen Ausgleich durch gute Schüler geben würde; man befürchtet darüber hinaus eine Abwanderung besserer Schüler. Daher wird die unangefochtene Existenz des Gymnasiums, auf das in Klasse 5 in Hamburg

---

<sup>1</sup> Zu diesem Thema sprach ich am 7. 10. 2006 vor der GEW Hamburg; auf diesem Referat beruhen die nachfolgenden Überlegungen.

derzeit etwa 50 % des Jahrgangs gehen, in Frage gestellt und daran erinnert, dass die Gesamtschule dem Anspruch nach die Schule für alle Kinder und Jugendlichen ist.

In der Diskussion, die inzwischen auch in anderen Bundesländern geführt wird,<sup>2</sup> geht es sowohl um *pädagogische wie politische Argumente*. In meiner Wahrnehmung treten Gesamtschulanhänger oft rein pädagogisch argumentierend auf und vernachlässigen dabei Probleme der Durchsetzbarkeit bei Eltern und der Mehrheit der Politiker. Unter den Befürwortern einer zweiten Säule finden sich sowohl solche, die das Gymnasium unangetastet lassen möchten, vielleicht durch eine solche Reform geradezu retten wollen, wie auch solche, die es für vergebliche Mühe halten, derzeit das Gymnasium in Strukturveränderungen einbeziehen zu wollen, weil sie keinen Weg sehen, die Mehrheit der gymnasial orientierten Eltern für eine andere Schulform zu gewinnen, damit also die politische Durchsetzbarkeit als nicht gegeben einschätzen. In dieser Gemengelage liegt es nahe, auf Klaus Hurrelmanns Überlegungen aus den 80er Jahren, der das zweigliedrige Schulwesen wohl als erster Reformpädagoge propagiert hat (Hurrelmann 1988),<sup>3</sup> zurückzukommen; in einem Offenen Brief an die KMK vom 27.10.2006 hat er sie aktualisiert.<sup>4</sup>

Die Bürgerschaft der Freien und Hansestadt Hamburg hat Anfang 2006 eine *Enquetekommission* „Konsequenzen der neuen PISA-Studien für Hamburgs Schulentwicklung“ ([www.hamburgische-buergerschaft.de](http://www.hamburgische-buergerschaft.de), Stichwort Parlament und Gremien)<sup>5</sup> eingesetzt, die die Aufgabe hat, Vorschläge zur Förderung der sog. Risikoschülerinnen und -schüler zu entwickeln; allen Beteiligten war klar, dass dabei die Strukturentwicklung der interessanteste Punkt sein werde, der allerdings erst Ende November Diskussionsgegenstand wurde.

In Schulstrukturdiskussionen mischen sich pädagogische, gesellschaftspolitische und politische Aspekte, die eng miteinander zusammenhängen und dennoch scharf zu trennen sind. *Was ist pädagogisch wünschenswert?* Die Argumente sind längst bekannt. Das eigentlich Neue durch PISA ist eine gravierende Erkenntnis: Die Zahl der Benachteiligten aus den Unterschichten, insbesondere mit Migrationshintergrund, ist in keinem anderen OECD-Land so hoch wie bei uns. Der Zusammenhang mit der frühen Selektion nach Klasse 4 ist offensichtlich. Für mich steht fest, dass die Gesamtschule nicht als eine Schulform unter anderen, sondern als ersetzende Schulform das Ziel ist, auf das es hinzuarbeiten gilt. ‚Gemeinschaftsschule‘ und ‚Schule für alle‘ sind nicht mehr als begriffliche Variationen zu ‚Gesamtschule‘. Die Probleme für die Ausbreitung der Gesamtschule in Deutschland beruhen zum einen auf ihren kritisch gesehenen Leistungen, die wesentlich durch ihre Einrichtung als vierte

---

2 Jacqueline Vogt (FAZ Rhein-Main 24.8.2006) titelte ihren Kommentar zur Pressekonferenz der hessischen Kultusministerin Wolff (CDU) über den Besuch der verschiedenen Schulformen in Hessen „Niemand will die Hauptschule“. Die SZ überschrieb am 6.10.2006 einen Kommentar mit „Weg mit den Hauptschulen!“.

3 Freilich hat das Modell eine lange Vorgeschichte. Rösner und Tillmann diskutierten es bereits 1980.

4 Hurrelmann nutzt den Ausdruck Zweigliedrigkeit nicht und spricht lieber vom Zwei-Wege-Modell.

5 Ich bin von der SPD benanntes Mitglied der Enquetekommission.

Schulform bedingt sind; aber dieses erklärende Argument macht sie in der Öffentlichkeit dennoch nicht attraktiv genug. Zwar überzeugen die Gesamtschulen an vielen Standorten, die Nachfrage nach einem Platz in der Gesamtschule kann sehr oft nicht befriedigt werden, dies strahlt freilich nicht auf das Image der Gesamtschulen insgesamt aus. Zum andern aber ist die Anziehungskraft des Gymnasiums ungebrochen, im freien Wettbewerb kann die Gesamtschule derzeit das Gymnasium nicht verdrängen.

Das pädagogisch Wünschenswerte ist vor allem *gesellschaftspolitisch notwendig*: die Möglichkeiten, Benachteiligten bessere Lebenschancen zu geben, werden durch eine (gute) Gesamtschule deutlich besser. Allerdings darf man sich keinen Illusionen hingeben. Schule kann soziale Unterschiede nur in Grenzen für den Lebensweg unwirksam machen. Zudem darf man nicht glauben, schulische Strukturveränderungen alleine gewährleisten die besten Chancen für alle. Sie müssen in ein umfassendes System von pädagogischen Reformen eingebettet sein – dazu haben Erziehungswissenschaftler, insbesondere seit PISA, wie auch Experten aus der Praxis viele bedenkenswerte Vorschläge gemacht.

Pädagogische und gesellschaftspolitische Ziele sind allerdings nicht ohne weiteres *politisch* umsetzbar – ein Aspekt, den viele engagierte Praktiker wie Erziehungswissenschaftler übersehen. Noch in den 60er Jahren des 20. Jh. ging man davon aus, dass eine Regierung und eine Landtagsmehrheit die Strukturen des Schulwesens bestimmen können und die Bürgerinnen und Bürger dies dann auch akzeptieren. Die 70er Jahre haben gezeigt, dass die oppositionelle CDU z. B. in Nordrhein-Westfalen oder Hamburg die Pläne einer Regierung dann vereiteln konnte, wenn sie wichtige Bevölkerungsgruppen dagegen mobilisierte.

Die SPD zog daraus die Folgerung, *Eltern* einer Region das Recht zu geben, die Gesamtschule anzuwählen und damit Gesamtschulgründungen zu ermöglichen. Wo die SPD die notwendige politische Mehrheit hatte, konnte sie die Gesamtschule voranbringen (insbesondere Hamburg, Nordrhein-Westfalen, Saarland); sie scheute aber, zumindest wenn sie an der Regierung war, jede grundsätzliche Debatte über Schulstrukturveränderungen. Seit den 70er Jahren ist also klar, dass nicht einmal sichere Parlamentsmehrheiten ausreichen, Strukturänderungen im Schulsystem zu beschließen, wenn sich wesentliche Teile der Bevölkerung, insbesondere die durchsetzungsfähigen Gesellschaftsschichten – Oberschicht und Teile der Mittelschichten – dagegen wehren.

Mit anderen Worten: Das *Gymnasium* ist so stark, dass auf absehbare Zeit keine politische Perspektive sichtbar ist, es mit anderen Schulformen zu kombinieren, gar zu verschmelzen – ich wünsche mir unser aller Phantasie, Konstellationen zu ‚finden‘, in denen das möglich wird. Noch ist die Gesamtschule nur für einen kleinen Teil der Eltern die Alternative zum Gymnasium. Das Gymnasium ist der eigentliche Gewinner der Strukturreformen der letzten 40 Jahre. Wer heute Strukturreformen durchführt, muss daher das Gymnasium als solches respektieren.

Was für einige Reformer der bedauerliche Wille konservativer, ja reaktionärer oder irreführender Eltern ist, werte ich als einen Schritt zur *Demokratisierung des Schulsystems*. Politiker können nicht mehr selbstherrlich alles beschließen,

was sie für richtig halten – sie müssen die Position der Eltern, zumindest derer, die sich artikulieren, beachten. Sicherlich ist dies eine nur unvollkommene Demokratie – denn andere Teile der Elternschaft machen sich politisch oder gar nicht bemerkbar. Auch das Frauenwahlrecht kam anfangs sicherlich eher den konservativen Parteien zugute, heute drückt es das eigene politische Gewicht von Frauen aus. Wenn man allen Eltern gleichen Einfluss einräumen will, so geht dies nicht paternalistisch; man muss vielmehr an der Artikulationsfähigkeit aller arbeiten – nicht aber dadurch, dass man sich über wichtige mobilisierungsfähige Gruppen hinwegsetzen will. Gravierende Strukturreformen, die das Gymnasium betreffen, bedürfen der Zustimmung der großen Mehrheit der Eltern, die an dieser Schulform interessiert sind.

Ich gehe in meinen Folgerungen einen Schritt weiter: grundlegende Schulreformen, die spürbar große Teile der Bevölkerung betreffen, muss man auch im *politischen Konsens* – zumindest der großen Mehrheit eines Parlamentes – vornehmen. Selbst dabei ist zu beachten, dass Eltern, über deren Einstellung eine solche Mehrheit evtl. hinweggehen würde, Ausweichstrategien finden, die politischen Absichten zunichte machen können – ich erinnere an die steigenden Chancen des Privatschulwesens oder die elterlichen Strategien, den Wohnsitz ihrer Kinder zu verlagern. Demokratie heißt, in wesentlichen Fragen die Interessen der Betroffenen in politische Entscheidungen mit einzubeziehen, nicht aber Eltern als zu bevormundende Bürger und Bürgerinnen zu behandeln.

Die skizzierten *Rahmenbedingungen* sehe ich nach wie vor als gegeben an. Nirgends zeichnet sich ab, dass die CDU für die Gesamtschule gewonnen werden könnte; bisher hat auch die SPD sich gehütet, die Existenz des Gymnasiums in Frage zu stellen. Wer also Hauptschülern helfen und dabei gravierende Mängel in der Struktur des Schulsystems beseitigen will, muss augenblicklich das Gymnasium im Kern seiner Struktur unangetastet lassen.

Ich kann allerdings den Überlegungen der Hamburger Regierungspartei sehr viel abgewinnen, die *Abschulung vom Gymnasium* stark einzuschränken. Ich habe noch nie verstanden, welchen Vorteil es jungen Menschen bringen soll, die Abschulung und Abstufung Gymnasium/Realschule als wesentliche biographische Lebensstufe zu erfahren. Wer die Abschulung einschränkt, sie gar abschaffen will, der setzt auf die Lernfähigkeit des Gymnasiums. Die ist übrigens auch pädagogisch gefordert. In der Anhörung der Hamburger Enquete-Kommission am 22.4.2006 forderte Kathrin Höhmann (Dortmund) eine neue Gymnasialpädagogik: die dortigen Lehrpersonen müssten lernen, das Kind, den/die Jugendlichen als Individuum in den Mittelpunkt ihrer Arbeit zu stellen. Eine solche Einstellungsänderung könnte viel bewirken und die Annäherung zu anderen Schulformen bringen.

Die Einsetzung der Enquetekommission im Januar 2006 muss so verstanden werden, dass die Oppositionsparteien SPD und GAL die Chance einer in der CDU begonnenen *Strukturdiskussion aufgreifen* und ausloten wollen, ob es eine von allen Fraktionen getragene Verbesserung des Hamburger Schulwesens geben könne. Ein wesentlicher Teil der Arbeit dieser Kommission gilt zudem dem Abbau von Benachteiligungen sog. Risikoschülerinnen und -schüler. Dieser Aspekt ist vorläufig bearbeitet und abgeschlossen – übrigens im Konsens. Anders als früher sind die Benachteiligten Thema aller Parteien: Schulreformen, die für sie keine Perspektiven eröffnen, sind nichts wert. Die Auflösung der

Hauptschule in Großstädten begründet sich im geringen Interesse der Eltern an dieser Schulform und in der Aussichtslosigkeit, deren Schüler im homogenen Milieu Benachteiligter zu fördern. Diese jungen Menschen haben den Anspruch auf bestmögliche Förderung – nach heutigen Erkenntnissen nur in einer heterogenen Schülergruppe. Dass dies kein Automatismus ist, zeigen jene Gesamtschulen, in denen sog. Hauptschüler sich unwohl fühlen. Heterogenität ist nur dann pädagogisch fruchtbar, wenn sie für Lernen sehr differenzierend, ja individualisierend genutzt wird.

Das Ende der Hauptschule wirft die Frage auf, ob man *eine kleinere oder größere Strukturreform* vornehmen soll. Eine kleinere Reform heißt, Haupt- und Realschule in einer Schule zusammenzuführen, daneben bleiben Gesamtschule und Gymnasium (sowie die Förderschule) bestehen. Diese Lösung finden wir im Saarland (Erweiterte Realschule) und Bremen (Sekundarschulen, neue Gesamtschulen heißen in Bremen Stadtteilschulen). Brandenburg ging einen Schritt weiter: Perspektivisch hat es Realschule – die Hauptschule existierte nicht – und Gesamtschule zur Oberschule zusammengelegt bei Schonung des Gymnasiums. Insofern folgt Brandenburg dem Vorbild Sachsens (Mittelschule), Sachsen-Anhalts (Sekundarschule) und Thüringens (Regelschule), die diese Schulform bereits seit 1991 praktizieren. In Rheinland-Pfalz existieren neben Gymnasium und Gesamtschule die Realschule, die Hauptschule und die Regionale Schule als Zusammenführung von Haupt- und Realschule. In einer Reihe von Ländern wird inzwischen über die Zusammenlegung von Haupt- und Realschule diskutiert.<sup>6</sup>

Was spricht für die kleinere Lösung Haupt- und Realschule („kleine Gesamtschule“), was für die größere Lösung „Haupt-, Real- und Gesamtschule“? Die *Stadtteilschule*, wie ich die neue Schule nennen will, hat deutlich weniger Perspektiven, wenn sie ‚nur‘ das Ziel Haupt- und Realabschluss hat. Den Realschulklassen würde die ‚Bürde‘ der Förderung der Benachteiligten auferlegt, ohne dass Realschülern weitergehende Perspektiven eröffnet werden. Die Stadtteilschule wird pädagogisch erst lohnend, wenn sie auch das Ziel Abitur hat. Diese größere Lösung würde übrigens den Realschülern zusätzliche Möglichkeiten eröffnen: den Weg zum Abitur nicht über die (fremde) Schulform Gymnasium, sondern über die eigene Schulform, z. B. über ein Berufliches Gymnasium nach Baden-Württemberger Vorbild. Denkt man in diese Richtung, dann wird der Unterschied der Stadtteilschule zur heutigen Gesamtschule gering. Sie wäre eine Art Gesamtschule. Über solche Perspektiven nachzudenken scheint mir lohnend. Hurrelmann tat dies bereits 1988, allerdings bleibt die Realität des bisherigen Zweiten Weges hinter seinen Anstößen zurück.

---

6 Auf eine überwundene Diskussion der Hamburger SPD will ich nur kurz hinweisen: Kann man eine Strukturreform derart einleiten, dass man die gemeinsame Schulzeit bis Klasse 6 einschließlich ausdehnt? Dies halte ich für keine gute Lösung. Warum hat Gabriel die Orientierungsstufe in Niedersachsen abgeschafft? Warum gibt es in Berlin inzwischen viele grundständige Gymnasien (mit etwa 20 % der gymnasialen Schülerschaft)? Ist es wirklich förderlich, mitten in der Pubertät eine neue Schulform zu beginnen?

Welche Chancen bietet ein solches *zweigliedriges System*? Leider ist diese Frage bisher wenig erörtert worden. Die einzige wissenschaftliche Untersuchung zur ‚anderen Schule‘, nämlich zur sächsischen Mittelschule, stammt von Wolfgang Melzer (Dresden) und ist über 10 Jahre alt (Stenke u. a. 1994), datiert also aus der Anfangszeit der Mittelschule. Untersuchungen zur zweiten Schule bedürfen dringend der Aktualisierung und Fundierung. Vor allem brauchen wir Forschungen zum System der Zweigliedrigkeit: wie verhalten sich beide ‚Schulglieder‘ zueinander? Welche Rolle spielen die Rückläufer? Wie stellen sich Eltern zur Zweigliedrigkeit? Welche Chancen haben Schüler der anderen Säule in ihren weiteren schulischen und beruflichen Wegen? Wie ergeht es Risikoschülern im zweigliedrigen System?

Spekuliert man über die *Zukunft eines zweigliedrigen Systems*, so sehe ich – vereinfacht gesagt – zwei Möglichkeiten. Entweder wird sich der Wettlauf zwischen Hase und Igel verschärfen – in Ostdeutschland besonders naheliegend wegen des drastischen Schülerrückgangs. Mit dem Ergebnis, dass die ‚andere Säule‘ auf lange Frist das Schicksal der Hauptschule erleiden wird, also die Jugendlichen sammeln wird, die aufgrund ihrer Herkunft oder auch ihres schulischen Weges wenig oder gar nicht motiviert sind, die von ihren Lehrpersonen nur ungenügend gefördert werden (können) usw. Wer diese Perspektive als allein realistisch ansieht – so die Position vieler Gesamtschulanhänger –, hat anscheinend ein unbegrenztes Vertrauen in das Gymnasium und die positive Einstellung wichtiger Bevölkerungskreise zur Schulform Gymnasium sowie wenig Vertrauen in die pädagogische Kompetenz der Lehrpersonen, die in der zweiten Säule tätig sind – solche Annahmen sind die Voraussetzungen dafür, eine positive Perspektive für die andere Säule als unrealistisch anzusehen.

Die zweite Möglichkeit heißt: es ist *eine Schule für alle Schüler* zu schaffen, auch für Risikoschüler, für Jugendliche mit Migrationshintergrund, eine Schule, die zugleich dieselben guten Abschlussmöglichkeiten bietet wie heute Gymnasium und gute Realschule. Eine solche Stadtteilschule wäre eine Schule der Vielfalt, pädagogisch ausgerichtet, auf alle beruflichen Möglichkeiten vorbereitend. Es wäre eine *Gesamtschule als Schulform neben dem Gymnasium*. Würde sie zudem nicht in ein enges Korsett gepackt, sondern gäbe es unterschiedliche Wege der inneren Ausgestaltung, so könnte eine solche Gesamtschule eine attraktive Alternative auch für potentielle Gymnasiasten werden.

Für Gesamtschulanhänger stellt sich die Frage, ob sie glauben, mit der Opposition *gegen das Gymnasium eine pädagogisch-politische Zukunft* zu haben oder ob sie sich – vorläufig – auf das Nebeneinander zweier Schulformen einlassen. Die letztere Perspektive wäre für die Gesamtschulen die Herausforderung, sich erneut als Anregerin für die Ausgestaltung der Schule zu verstehen. Denn wie immer die Politiker in Hamburg oder anderswo mit Gesamtschule umgehen werden: welche Empfehlungen die Gesamtschule für den Umbau des Schulsystems geben wird, kann entscheidend für dessen Entwicklung werden. Dabei werden die PISA-Ergebnisse eine wichtige Rolle spielen. Ich nenne einige *Punkte der Nachfrage*:

- (1.) Wie kann es gelingen, sehr gute, mittelmäßige und sehr schlechte Schüler gleichermaßen zu fördern?
- (2.) Wie kann man Benachteiligungen bei Jugendlichen deutscher Herkunft oder Jugendlichen mit Migrationshintergrund überwinden?

- (3.) Wie können besonders Lernfähige angemessen gefördert werden?
- (4.) Wie können binnendifferenzierende und individualisierende Lernwege tatsächlich eine gewichtige Rolle spielen? Wann ist Differenzierung nach unterschiedlichen Lerngruppen notwendig?
- (5.) Welche Erfahrungen sind aus dem Wahlpflichtbereich zu ziehen?
- (6.) Welche Erfahrungen aus dem Sozialen Lernen sind transferierbar? Wie gelingt es, junge Menschen zur Achtung vor der Unterschiedlichkeit von Menschen zu erziehen? Wie gelingt es, dass unterschiedliche Schülerinnen und Schüler sich gleichermaßen wohl in der Schule fühlen?

*Fazit* dieser Überlegungen ist: in den Schulstrukturdiskussionen sollte es nicht primär um eigene Ziele und Überzeugungen gehen, sondern darum, welche Chancen Kindern und Jugendlichen in diesen Jahren tatsächlich eröffnet werden können, sich bessere Bildung als bisher zu erwerben. In der Hamburger Diskussion gibt es Ansatzpunkte dazu. Allerdings, viele Probleme der Stadtteilschule werden sich nicht auf der hier diskutierten abstrakten Ebene stellen, sondern in der tatsächlichen Schulentwicklung jeden Stadtteils und jeder einzelnen Schule.

## Literatur

- Hurrelmann, Klaus 1988: Thesen zur strukturellen Entwicklung des Bildungssystems in den nächsten fünf bis zehn Jahren. In: *Die Deutsche Schule*, 80, 4, S. 451-461
- Hurrelmann, Klaus 1988: Die Gesamtschule kommt nicht als Traumschiff. Eine Replik. In: *Die Deutsche Schule*, 80, 4, S. 492-495
- Rösner, Ernst, Klaus-Jürgen Tillmann 1980: Strukturelle Entwicklungen zur horizontalisierten Sekundarstufe I. In: *Jahrbuch der Schulentwicklung* 1, Weinheim: Juventa, S. 73ff.
- Schümer, Gundel 2004: Zur doppelten Benachteiligung von Schülern aus unterprivilegierten Gesellschaftsschichten im deutschen Schulwesen. In: Gundel Schümer, Klaus-Jürgen Tillmann, Manfred Weiß (Hg.): *Die Institution Schule und die Lebenswelt der Schüler*. Wiesbaden, VS Verlag für Sozialwissenschaften, S. 73-114
- Schümer, Gundel 2005: Schule und soziale Ungleichheit. Zum Umgang mit unterschiedlichen Lernvoraussetzungen in Deutschland und anderen OECD-Ländern. In: *Die Deutsche Schule*, 97, 3, S. 266-72
- Stenke, Dorit, Angela Stumpp, Wolfgang Melzer 1994: *Die Mittelschule im Transformationsprozeß des sächsischen Bildungswesens*. Dresden

*Dieter Wunder*, geb. 1936, Dr. phil., Stellvertretender Vorsitzender der Hamburger Enquetekommission 2006/7;  
 Anschrift: Franz-Groedel-Str. 5, 61231 Bad Nauheim;  
 Email: [dwunder@tiscali.de](mailto:dwunder@tiscali.de)